

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Alle gegen das Energiegesetz!



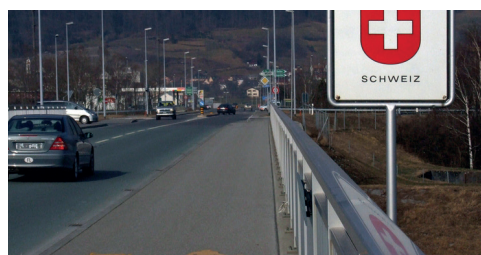
### Energiegesetz 3-5

Am 21. Mai stimmen wir über das Energiegesetz ab



### Personenfreizügigkeit 8-9

Grenzen jetzt sichern – Handeln statt warten!



### Kantonale Wahlen 10-11

Einstehen für die Schweiz und nicht für sich selbst!



**Abstimmung  
vom 21. Mai**



## Nochmals volle Mobilisation gegen das Energiegesetz

### Hausbesitzer aufgepasst!

Das neue Energiegesetz fordert praktisch eine Halbierung des Energieverbrauchs. Dies wird nur mit staatlicher Umerziehung, Lenkungsmaßnahmen, teureren Energiepreisen und neuen Vorschriften möglich sein.

#### Haben wir bald...

- ...viel höhere Strom- und Heizölrechnungen?
- ...mehr Kosten und Vorschriften bei Sanierung und Umbau?
- ...Verbot von Ölheizungen ab 2029?
- ...einen Zwang für behördlich installierte Spione (sogenannte Smart Meter), die unseren Energiekonsum kontrollieren, steuern und lenken?
- ...eine staatlich verordnete Heizgrenze von 18 Grad in unserem Zuhause?

Abstimmung vom 21. Mai 2017

[www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch)

**Energiegesetz**

**NEIN**

Überparteiliches Komitee gegen das Energiegesetz, Postfach, 3001 Bern  
Danke für Ihre Spende für dieses Inserat: PC 31-604614-3

Bei der einzigen eidgenössischen Abstimmung vom 21. Mai geht es um die Frage, ob die ganze Energiebranche mit einer grossen Fülle unübersichtlicher Vorschriften, Geboten und Verboten, Abgaben, Steuern und völlig ungerecht verteilten Subventionen wie in früheren kommunistischen Systemen verplant und verstaatlicht werden soll oder nicht. Bereits der Umfang des Abstimmungsbüchleins mit 66 Seiten und die 78 Artikel des neuen Energiegesetzes beweisen, dass der Staat hier mit einer Überregulierung und höheren Steuern die Freiheit und Selbstbestimmung von Familien, Hauseigentümern, Mietern, Autofahrern, Gewerbetreibenden und Landwirten massiv einschränken will.

Ein paar Beispiele dazu:

- Familien und KMU müssen gemäss dem Gesetz (Art. 3) innerhalb von nur 18 Jahren 43% des gesamten Energieverbrauchs (Strom, Öl, Benzin, Diesel, Gas) einsparen. Das ist nur mit massiven Investitionen in die Gebäude und Fahrzeuge und einem Verlust an Lebensqualität möglich. Der Staat wird

mit massiv höheren Abgaben auf Energie nach Annahme des Gesetzes seine Bürgerinnen und Bürger dazu zwingen.

- Familien und KMU müssen neue Stromzähler (sog. Smartmeters) anschaffen, damit das Elektrizitätswerk bzw. der Staat genau kontrollieren kann, wann, wofür, wieviel Strom gebraucht wird. Dies ermöglicht dem Staat, bei zu hohem Verbrauch notwendige Zwangsmassnahmen einzuführen. Das ist ein unhaltbarer Eingriff in unsere Privatsphäre.

- Bund und Kantone werden nach einer Annahme des Energiegesetzes den Gebäudeenergieausweis (GEAK), der die Energieeffizienz von Gebäuden und allfällig zu treffende Massnahmen zum Energiesparen beinhaltet, für obligatorisch erklären. Bei Sanierungen werden die Hauseigentümer gezwungen, ob sie wollen oder nicht, neue erneuerbare Energie, z.B. ein Solardach, einzubauen. Ölheizungen sollen ab 2029 verboten werden.

Dies alles für weniger Versorgungssicherheit mit Strom, da mehr Solarzellen und mehr Windturbinen keinen Strom produzieren, wenn die Sonne nicht scheint und es nicht windet. Vielmehr wird mit den 1000 vorgesehenen Windturbinen unsere Landschaft aufs Gröbste verschandelt. Deshalb: Lehnen Sie diese Mogelpackung, die niemand versteht, am 21. Mai ab und mobilisieren Sie all Ihre Verwandten und Bekannten, an der Urne das gleiche zu tun.

*Albert Rösti*

Nationalrat Albert Rösti, Präsident der SVP Schweiz



# Vielen Dank für Ihren Einsatz

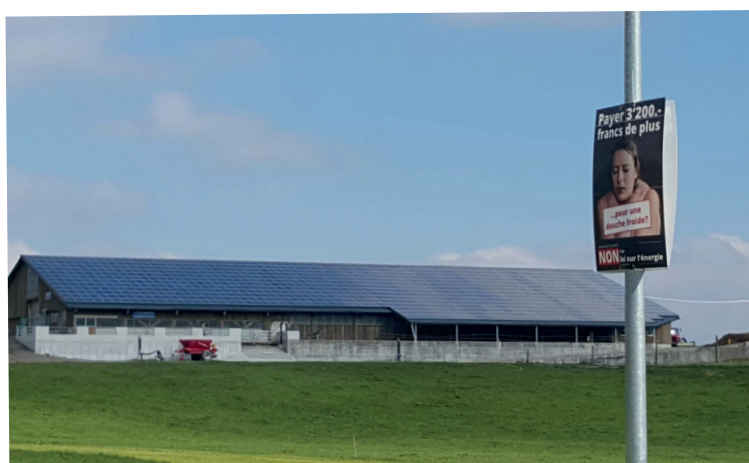


Bei Wind und Wetter, während dem Tag oder in der Nacht: Die SVP im Einsatz gegen das ruinöse Energiegesetz.

St.Gallen



Marktplatz in Zürich



Wildplakatierung Kanton Freiburg



Haute-Sorne (JU)

# Nein zum «Anti-Autofahrer-Gesetz»

Am 21. Mai stimmen wir über das Energiegesetz ab. Was in der Debatte untergeht: Es geht dabei nicht nur um Strom. Das Energiegesetz ist vor allem ein «Anti-Autofahrer-Gesetz». Man muss es ablehnen.

Mit dem Gesetz wolle die Schweiz die Energiewende schaffen und von der Kernenergie wegkommen. Das Land werde nicht mit Windrädern überstellt und kosten soll das Ganze auch fast nichts, versprechen uns die Befürworter. Das ist Mumpitz.

### Teure Einschränkungen

Die schönfärberischen Worte der Befürworter haben das Ziel, davon abzulenken, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer einen Grossteil der von Bundesbern verursachten Milliardenkosten und Einschränkungen tragen müssen. Autofahren wird mit der Energiestrategie des Bundes nicht nur verteuert, sondern auch eingeschränkt. Sonst sind die Ziele, den gesamten Energieverbrauch (Heizöl, Benzin, Gas etc.) in den nächsten 18 Jahren um 43 Prozent faktisch zu halbieren, gar nicht erreichbar.

### Krieg gegen die Autofahrer

So ist etwa im Parlament bereits ein Vorstoss (17.3081) hängig, der Neuzulassungen von Autos mit **Verbrennungsmotoren ab 2025 verbieten** will. Eine Kontingentierung der Reisetätigkeit, Geschwindigkeitsreduktionen oder nur noch jeden zweiten Tag Autofahren, werden zwangsläufig folgen. Gemäss dem **Klima-Abkommen von Paris** muss die Schweiz zudem ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2030 (verglichen mit 1990) um 50 Prozent senken. Die dazu nötigen Massnahmen werden vor allem die beiden heute schon stark mit Abgaben belasteten Energieträger Heizöl und Benzin treffen.

Das erwähnte Verbot der Verbrennungsmotoren oder etwa die Sen-



Die Landbevölkerung, die aufs Auto angewiesen ist, trägt die Hauptlast der Einschränkungen und massiven zusätzlichen Abgaben beim Benzinpreis.

kung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Personenwagen auf 95 g/km (aktuell 130 g/km) bis 2020 zeigen, in welche Richtung es geht. Die Automobilisten werden gezwungen, funktionierende Fahrzeuge vorzeitig zu ersetzen.

### Geben Sie Anti-Auto-Lobby kein neues Gesetz in die Hand

Forderungen nach einer «Innenstadtmaut» und «Mobility Pricing» befinden sich bereits in der parlamentarischen Beratung. Die **Autofahrtkosten** zur Arbeit können nicht mehr voll von den Steuern abgezogen werden. Und die im Zusammenhang mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds beschlossene **Erhöhung der Mineralölsteuer** um 4 Rappen wurde erst im Februar 2017 beschlossen. Der Literpreis für Diesel

und Benzin wird mit der Energiestrategie 2050 gemäss Vorschlag Bundesrat um weitere 26 Rappen steigen.

Der Bund will Autofahrer dazu zwingen, auf **schwächere Motoren** oder den **Öffentlichen Verkehr** umzusteigen. Wer in Rand- und Bergregionen wohnt, wird besonders hart getroffen. Deshalb darf man der Anti-Auto-Lobby im Bundeshaus kein Gesetz in die Hand geben um weiter zu wursteln. Nein zum Energiegesetz.

von Nationalrat  
Felix Müri,  
Emmenbrücke (LU)





# Die Energiestrategie bringt keine Lösung!

Die Energiestrategie 2050 kann allein schon wegen des enormen Zeitraumes und der unbekannten Entwicklungen innert der nächsten 35 Jahre keine Lösung sein. Sie ist der verkappte Versuch, der Bevölkerung unter dem Titel „Energiewende“ Geld abzuknöpfen und den Energieverbrauch der staatlichen Obhut samt erheblicher Regulierungsflut zu unterstellen.

Vor allem wird es die Haushalte (mit Kindern) und die Klein- und Mittelbetriebe treffen, welche wegen der willkürlich festgelegten Reduktionsziele viel höhere Preise für Treibstoffe und Strom bezahlen müssen. Damit soll dann eine Lenkungswirkung hin zu weniger Energieverbrauch erzielt werden.

## Verteuerung der Energie trifft jeden

Gerade in den Rand- und Bergregionen ist die Bevölkerung auf alltagstaugliche Fahrzeuge für winterliche Verhältnisse und/oder weite Arbeitswege angewiesen. Eine Verteuerung der Energie wird deshalb Einfluss auf den übrigen Konsum haben, denn die gewöhnlichen Haushalte müssen sich dann dort einschränken. Davon betroffen sind dann vor allem die Unternehmen im Detailhandel, im Gastro- und Tourismusbereich. Deren Umsätze werden darunter leiden, obwohl sie die teureren Preise für Strom und Treibstoffe direkt und indirekt auch noch zu tragen haben. Somit ergibt sich ein Teufelskreis, der mit Bestimmtheit in diesen Regionen, wie aber auch schweizweit, zu weiteren Arbeitsplatz-Verlusten führt.

## Keine wirkliche Förderung der Wasserkraft

Gegen die Energiestrategie 2050 sprechen auch die neuen Einschränkungen bei der Förderung der Wasserkraft. Ge-

rade in der Schweiz müsste eine Energiewende - hin zu umweltfreundlicher und einheimischer Stromproduktion - unbedingt Ausbaumassnahmen bei der Wasserkraft beinhalten. Dies gerade auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit im eigenen Land. Stattdessen werden

und Windparks haben gerade aus landschaftsschützender und tierschützerischer Perspektive erhebliche Nachteile, und die Solarmodule benötigen für die Herstellung enorme Mengen an Energie. Diese Herstellung erfolgt zum allergrössten Teil in China oder Amerika mit Kohle- oder Atomstrom.

## Glarner aufgepasst!

Mit dem neuen Energiegesetz werden Photovoltaikanlagen und Windräder stark subventioniert. Darunter leidet die Wasserkraft.

Prof. Dr. Anton Gunzinger von der ETH, der geistige Vater des Energiegesetzes zeigt, wohin er will:

*«Man müsste halt eines oder zwei Täler mit Solaranlagen zupflastern.»*

(Interview vom 24. April 2017 in der Aargauer Zeitung)

*Welche Täler werden wohl nebst den Windparks mit Solaranlagen zugepflastert?*

Abstimmung vom 21. Mai 2017 [www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch)

Energiegesetz

Überparteiliches Komitee gegen das Energiegesetz,  
Postfach, 3001 Bern | Danke für Ihre Spende für  
dieses Inserat: PC 31-604614-3

**NEIN**



## NEIN zu noch mehr Klientelpolitik

Weshalb nun aber diese Energien weit mehr gefördert werden als die einheimische Wasserkraft ist den Interessenvertretungen im Parlament geschuldet. Letztlich ging es nur noch darum, wer wieviel Geld aus diesen Subventionstöpfen der Energiestrategie 2050 erhalten soll. Dies mit der Auswirkung, dass die Bevölkerung der Schweiz dafür enorme Summen zusätzlich aufzuwenden hat. Die Versorgungssicherheit mit inländischem Strom wurde dazu, vor allem in den Wintermonaten, nicht berücksichtigt. Das wird bedingen, dass wir in dieser Zeit Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland importieren müssen. Lehnen Sie die Energiestrategie 2050 unbedingt ab. Sie ist eine milliarden schwere Fehlplanung auf Kosten des Volkes.

neu Wasserkraftanlagen unter 1000 kW (1 MW) Leistung mit der Energiestrategie 2050 nicht mehr gefördert. Zwar sollen in Not geratene Energiekonzerne unterstützt werden, aber eine wirkliche Förderung der Wasserkraft mit entsprechend zusätzlicher Stromleistung findet nicht statt. Demgegenüber werden die in der Winterszeit meist sehr versorgungsschwachen Wind- und Solarenergien übermässig gepuscht. Dies obwohl aus ökologischer Sicht die Stromherstellungen aus Wind und Sonne nicht unbedenklich sind. Die Windräder

von Ständerat  
Werner Hösli,  
Haslen (GL)





## Kleiner Allrounder für grosse Ansprüche



**CHF 9'950.-\***

**DFSK an der  
Suisse Public Bern  
13. bis 16. 6. 2017  
Freigelände Stand 303**

**V21 Werksbrücke**  
\*Preis exkl. 8% MWST, UPE

**WWW.DFSK.SWISS**



**dietschi**  
PRINT&DESIGN OLTEN

**MEHR ALS EINE  
DRUCKEREI**



**DIETSCHI PRINT&DESIGN AG**  
Ziegelfeldstrasse 60  
4601 Olten  
T 062 205 75 75  
[www.dietschi-pd.ch](http://www.dietschi-pd.ch)

[www.peter-schaub.ch](http://www.peter-schaub.ch)

**PETER  
SCHAUB**

**Ich Fotografiere für Sie  
und fange Momente ein,  
wo sich Andere kein Bild machen.**

079 350 18 51 [mail@peter-schaub.ch](mailto:mail@peter-schaub.ch)

**ÜBERSETZEN,  
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**  
**AAREPTAN**  
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen  
056 622 33 44, [www.aareptan.ch](http://www.aareptan.ch)  
[aareptan@gmail.com](mailto:aareptan@gmail.com)

**SVPler profitieren extrem!**

## Drucker + Multifunktion

Installation, Instruktion und Netzwerk-Integration optional

**brother**

2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

|                     |                                                                                 |                              |
|---------------------|---------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|
| <b>HL-5100DN</b>    | A4-Laser, Mono, 40 S./min.<br>250+50 Blatt, Netz, Duplex                        | <b>99.00</b><br>+1,5 Rp./K.. |
| <b>HL-L9200CDWT</b> | A4-Farblaser, 30 S./min.<br>250+500+50 Blatt, Netz,<br>Duplex, Farb-Touchscreen | <b>299.00</b><br>+6 Rp./K.   |
| <b>MFC-8950DW</b>   | A4-Multifunktion mit Fax, 500+50<br>Blatt, Duplex, wireless                     | <b>299.00</b><br>+2 Rp./K.   |

**hp**

2 Jahre Bring-in-Garantie, Onsite anfragen

**Grossauswahl HP Drucker + Multifunktion, s/w  
+ farbig, A4+A3, alle Toner zu Superpreisen. Anfragen.**

**lexmark**

1 Jahre Onsite-Garantie, 2-3 Jahre anfragen

|               |                                                              |                          |
|---------------|--------------------------------------------------------------|--------------------------|
| <b>C748DE</b> | A4-Farblaser, 33 S./min.<br>550+100 Blatt, Netz, Duplex      | <b>0.00</b><br>+6 Rp./K. |
| <b>X748DE</b> | A4-Multifunktionr, 33 S./min.<br>550+100 Blatt, Netz, Duplex | <b>0.00</b><br>+9 Rp./K. |

**oki\***

3-5 Jahre Onsite-Garantie

|                 |                                                                                |                                  |
|-----------------|--------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|
| <b>MC853dn</b>  | <b>A3-Multifunktion, 23 S./min. Super</b><br>Qual. 300+100 Blatt, Netz, Duplex | <b>2590.00</b><br>+1,2/10 Rp./K. |
| <b>MC873dnv</b> | <b>A3-Multifunktion, 35 S./min. Super</b><br>Qual., 3x550+300+100, Netz, Dup.  | <b>3790.00</b><br>+1/9 Rp./K.    |

**\*Dazu gratis nach Wahl: iPhone 7 32 GB / iPad Pro 9,7"  
/ Jura E6 Platin Kaffemaschine / Fr. 500.00/600 in bar**

**Gratis zu jedem Gerät und Toner ab 500.00;: 1 Multitool-  
Sackmesser, 10 Funktionen, mit Etui und Gratis-Gravur**

**OCoTex AG, Rotkreuz - [info@ocotex.ch](mailto:info@ocotex.ch) 041 799 50 00**

**GOAL GLOSSAR**

**Mobilisierung**

**Mobilisierung**

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
[info@goal.ch](mailto:info@goal.ch), [www.goal.ch](http://www.goal.ch)

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg



# Gegen ein 2-Klassen-System bei der AHV!

Die AHV-Reform, über die wir im September abstimmen werden, ist ein teures Linksprojekt. Anstatt dem ursprünglichen Reformziel, die AHV sichern zu wollen, nachzukommen, möchte eine SP-CVP-Allianz die AHV sogar noch ausbauen, aber nur für Neurentner. Damit ist die AHV in grösserer Gefahr als vor der Reform.

von Nationalrat Maximilian Reimann, Gipf-Oberfrick (AG)

**Z**u den klassischen Grundprinzipien der Sozialisten gehört es, zu fordern und nochmals zu fordern, die Rechnung aber anderen zu überlassen. Im Bereich der AHV war das so, als die schweizerische Linke letztes Jahr mit ihrer masslosen Volksinitiative AHV-plus per Giesskanne die AHV-Renten für alle um 10 % erhöhen wollte, ohne zu sagen, wie das finanziert werden soll.

Das Schweizer Stimmvolk machte da nicht mit und lehnte das unheilvolle Danaergeschenk am 25. September 2016 hochkant ab. Nun soll das linke Prestigeobjekt „höhere AHV-Renten per Giesskanne“ im Zuge der „Altersvorsorge 2020“ aber doch noch realisiert werden. Allerdings beschränkt auf die künftigen AHV-Rentnerinnen und -Rentner, die allesamt 70 Franken pro Monat mehr erhalten sollen. Mit Hilfe der schwächelnden CVP, die wieder mal dem Linkspopulismus nicht widerstehen konnte, brachte man die Vorlage in der Frühjahrssession hauchdünn durch.

## AHV-Erhöhung für Millionäre

Am 24. September werden nun Volk und Stände das letzte Wort darüber haben. Bereits heute werde ich von vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der älteren Generation um meine Meinung dazu befragt. Und diese lautet klar: Ich werde die Vorlage ablehnen, weil ich nicht Hand dazu bieten will, dass wir für die nächsten 30–40 Jahre in unserem Land zwei Kategorien von



**Die heute verabschiedete Rentenreform kommt jetzt vor das Volk. Die SVP wird sich dafür einsetzen, dass den Stimmbürgern dabei die Wahrheit gesagt wird, gegen diese Vorlage und damit für die Rettung der AHV antreten.**

AHV-Bezügern bekommen. Nämlich einerseits die sich bereits im AHV-Alter befindenden Personen, die keine Erhöhung erhalten, auch wenn sie es nötig hätten, die aber munter die zu erhöhende Mehrwertsteuer mitbezahlen dürfen. Und andererseits die künftigen AHV-Rentner, die 70 Franken mehr erhalten werden, ob sie darauf

angewiesen sind oder nicht. Die Kluft zwischen diesen Erst- und Zweitklass-Rentnern wird sich mit jeder Anpassung der AHV an die Teuerung noch vergrössern. Eine solche Kluft ist der Schweiz unwürdig. Ja ich frage mich, ob sie gegenüber der in der Verfassung verankerten Rechtsgleichheit überhaupt zu verantworten ist.

# Umsetzung des Volkswill Steuerung der Zuwander

Das Personenfreizügigkeitsabkommen gibt allen EU-Bürgern das Recht, in der Schweiz zu leben und beruflich tätig zu sein. Dies führt zusammen mit der endlosen Armutseinwanderung im Asylwesen zu einer Situation, welche unser Land nicht verkraften kann. Es ist für uns als souveräne Nation zwingend, dass wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Ansonsten riskieren wir, Wohlstand und Lebensqualität dauerhaft zu verlieren.

Der vom Volk beschlossene Verfassungsartikel legt mit Höchstzahlen und Kontingenten gemäss unseren wirtschaftlichen Interessen den richtigen Weg fest. Eine Mehrheit von Parlament und Bundesrat weigert sich aber, diese Vorgabe umzusetzen. Sie stellt Völkerrecht und internationale Verträge über die direkte Demokratie. Das ist inakzeptabel.

---

**«Es ist für uns als souveräne Nation zwingend, dass wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Ansonsten riskieren wir, Wohlstand und Lebensqualität dauerhaft zu verlieren.»**

---

Deshalb hat die Delegiertenversammlung der SVP dem Parteileitungsausschuss am 14. Januar den Auftrag erteilt, bis am 24. Juni Lösungsvarianten vorzulegen, wie das Prinzip der Personenfreizügigkeit beseitigt und die Zuwanderung wieder eigenständig gesteuert werden kann. Nachdem auch die AUNS beschloss, eine Volksinitiative in Erwägung zu zie-



Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der SVP und der AUNS erarbeitete deshalb unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Caspar Baader (Foto) Varianten, welche die Marschrichtung für eine Volksinitiative zur Beschränkung der freien Zuwanderung (Beschränkungsinitiative) skizzieren.

hen, hat die SVP mit ihr zusammen Varianten erarbeitet. Erste mögliche Initiativtexte zur Ergänzung der Verfassung liegen nun vor und wurden vom Vorstand der AUNS, sowie dem Parteileitungsausschuss der SVP genehmigt:

**Variante 1: Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU**

*Art. 121b BV (neu); evtl. nur als Übergangsbestimmung in Art. 197 Ziffer 12 BV (neu)*

*Das Abkommen über die Freizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ihren Mitgliedstaaten vom 21. Juni 1999 ist innerhalb von sechs Monaten nach Annahme dieser Bestimmung durch Volk und Stände zu kündigen.*



# Masslosigkeit zur eigenständigen Steuerung

Variante 1 konzentriert sich auf die Aufhebung des Personenfreizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

**Variante 2: Verbot des Prinzips der Personenfreizügigkeit verbunden mit einer Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU**

*Art. 121b BV (neu)*

1. *Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und andere völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.*
2. *Bereits bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu Absatz 1 angepasst oder erweitert werden.*
3. *Personenfreizügigkeit im Sinne von Absatz 1 bedeutet insbesondere die Einräumung eines Rechts für eine unbestimmte Zahl von Personen auf Aufenthalt oder Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Schweiz und auf Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer.*

*Art. 197 Ziffer 12 BV (neu)*

1. *Das Abkommen über die Freizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ihren Mitgliedstaaten vom 21. Juni 1999 ist innerhalb von sechs Monaten nach Annahme*



**Masslosigkeit schadet!**

**Massen-  
einwanderung  
stoppen JA**

Obwohl sich Volk und Stände am 9. Februar 2014 klar gegen die masslose Einwanderung ausgesprochen haben, weigert sich eine Mehrheit des Parlaments, den Volksentscheid und die Verfassung zu respektieren und umzusetzen.

*dieser Bestimmung durch Volk und Stände zu kündigen.*

Gemäss dieser Variante 2 soll über die Aufhebung des Personenfreizügigkeitsabkommens hinaus auch das Prinzip der Personenfreizügigkeit verboten werden. Damit ist sichergestellt, dass Bundesrat und Parlament nicht auf anderen Wegen wiederum das Recht auf freie Einwanderung in unser Land gewähren und die eigenständige Steuerung über die Zuwanderung aus den Händen geben.

**Variante 3: Verbot des Prinzips der Personenfreizügigkeit und Vorrang dieser Verfassungsbestimmung**

*Art. 121b BV (neu)*

1. *Zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie ih-*

*ren Mitgliedstaaten darf keine Personenfreizügigkeit bestehen.*

2. *Die Bestimmung von Absatz 1 geht sämtlichen widersprechenden bestehenden und neuen völkerrechtlichen Verträgen und anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen vor.*

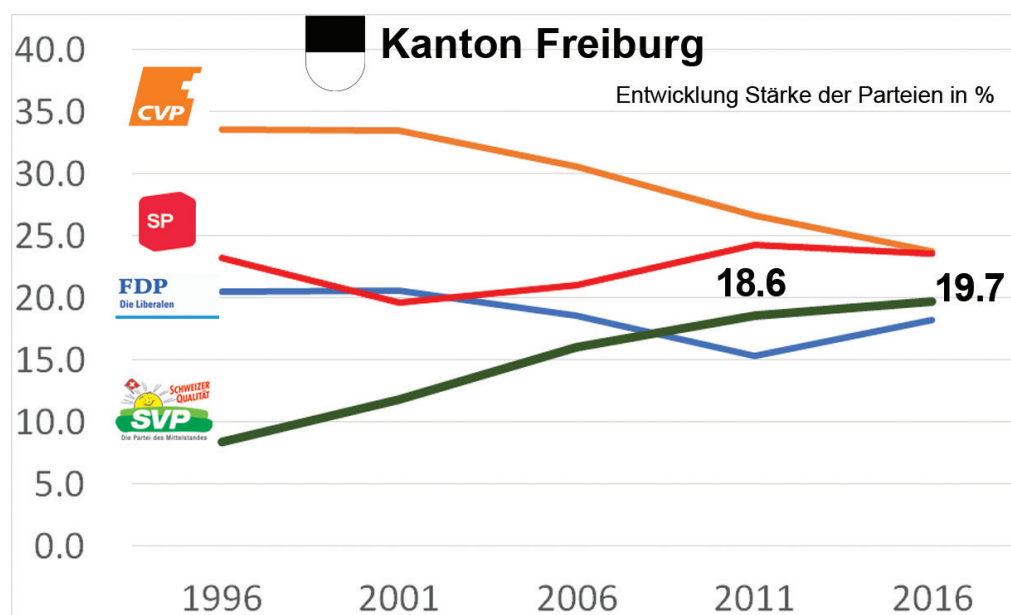
Variante 3 schreibt vor, dass es zwischen der Schweiz und der EU keine Personenfreizügigkeit mehr geben darf und hält den Vorrang unserer Verfassung gegenüber internationalem Recht und Verträgen fest.

Die Mitgliederversammlung der AUNS hat sich am 6. Mai mit diesen Vorschlägen befasst. Die Delegiertenversammlung der SVP wird diese am 24. Juni diskutieren und das weitere Vorgehen festlegen. Eine gemeinsame Volksinitiative könnte damit bis Ende 2017 lanciert werden.

## Einstehen für die Schweiz und nicht für sich selbst!

Die jüngsten Resultate der Wahlen in den Kantonen Solothurn, Wallis, Neuenburg und Waadt verlangen nach einer selbstkritischen Standortbestimmung. Wer nicht an sich denkt, sondern an die Sache, an die Schweiz und die Bürgerinnen und Bürger und hart und konsequent dafür arbeitet, hat Erfolg.

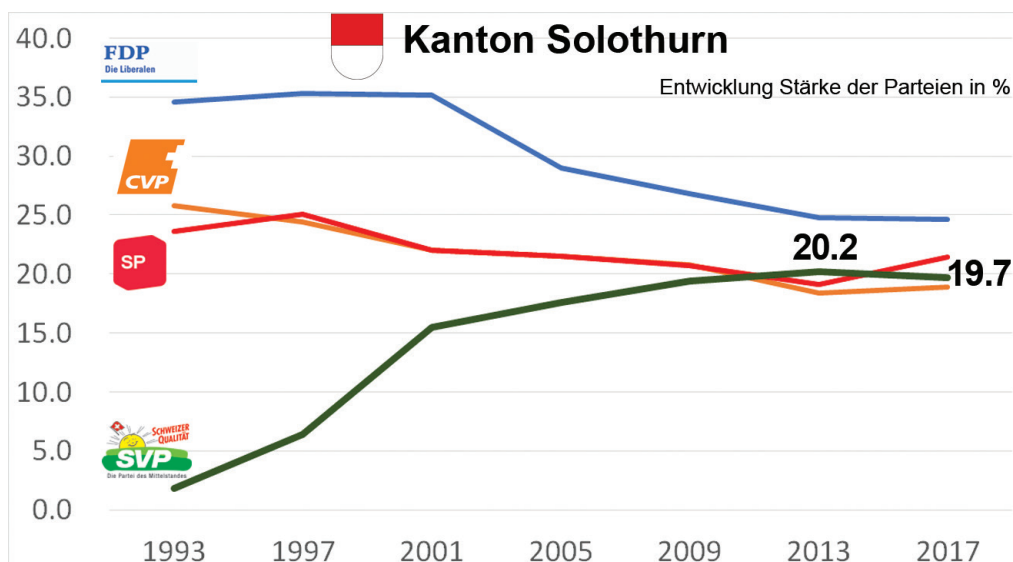
Seit den eidgenössischen Wahlen 2015 stelle ich eine grosse Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit in grossen Teilen der Partei fest. Die handfeste Knochenarbeit der Führung der Orts- und Kantonssektionen wird sträflich vernachlässigt. Zwar konnten wir im Jahr 2016 in einigen Kantonen noch an Wähleranteilen zulegen. Dazu gehören zum Beispiel St. Gallen, Thurgau, Freiburg oder auch Schaffhausen. Gleichzeitig haben wir aber in anderen Kantonen stagniert oder sogar leicht verloren. So etwa in Uri, Schwyz, Aargau und Basel-Stadt. Im laufenden Jahr hat sich der negative Trend nun fortgesetzt. Im Wallis, in Solothurn und in der Waadt verloren wir auf relativ tiefem Niveau gar noch leicht Wähleranteile, bei den Wahlen im Kanton Neuenburg sind wir regelrecht eingebrochen (Verlust von 5.4 Prozentpunkten). Aufgrund der Wahlquoten von 10% im Kanton Neuenburg hat die SVP neu nur noch 9 Sitze (minus 11 Sitze). Zusätzlich hat noch einer nach den Wahlen die Partei gewechselt, somit hat die SVP neu nur noch 8 Sitze.



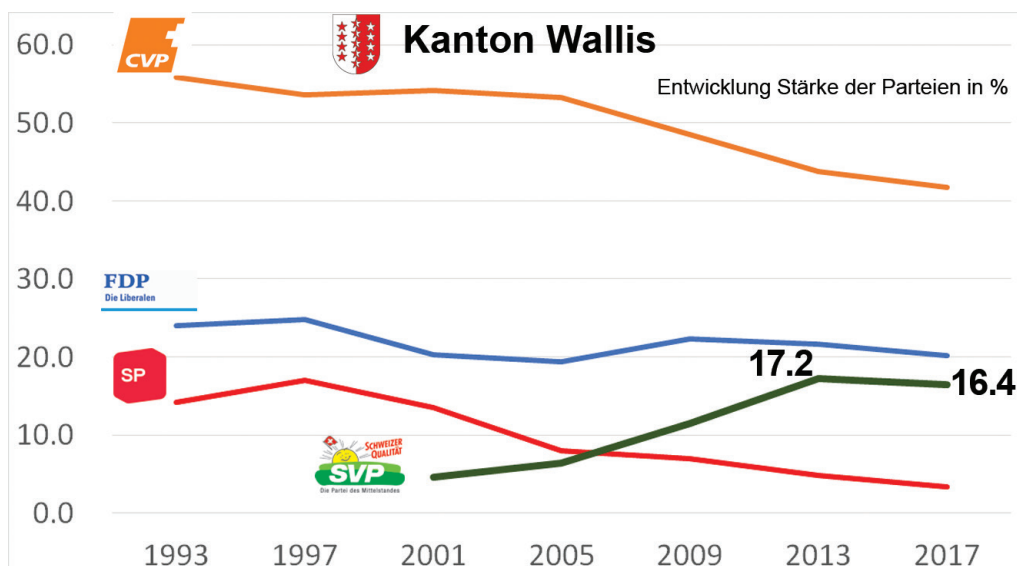
Selbstverständlich unterscheiden sich die Kantone und lassen sich nicht immer direkt vergleichen. Aber auch wenn man sich die langjährigen Entwicklungen und die einzelnen Bezirke/Regionen anschaut, ergeben sich viele Parallelen, welche zu klaren Erkenntnissen führen. Wie sagte doch bereits der bekannte Berner Jeremias Gotthelf

vor vielen Jahren so treffend: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland». Übertragen auf unsere SVP bedeutet dies für mich: Nur eine Partei, die «ihr Haus» in Ordnung hält, also an die Bürgerinnen und Bürger denkt und nicht nur an sich selbst, kann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch überzeugen und Wahlen zugunsten von Land und Bevölkerung gewinnen. Was braucht es:

➤ Eine konsequente Vertretung des politischen Programmes und der Ziele der SVP. Wir halten, was wir versprechen! Dazu orientieren wir uns – auch in den Kantonen – an den grundsätzlichen Werten, die auch im Parteiprogramm der SVP Schweiz festgehalten sind. Die SVP will die Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus stärken. Eigenverantwortung ist ein Garant für Freiheit und Wohl-







stand. Nur dank diesen Erfolgs-  
säulen konnte unser Land seinen  
wirtschaftlichen Spitzenplatz in  
der Welt erreichen und behaupten.  
Nur so stehen die Bürgerinnen und  
Bürger im Mittelpunkt – nicht die  
Politiker und Funktionäre.

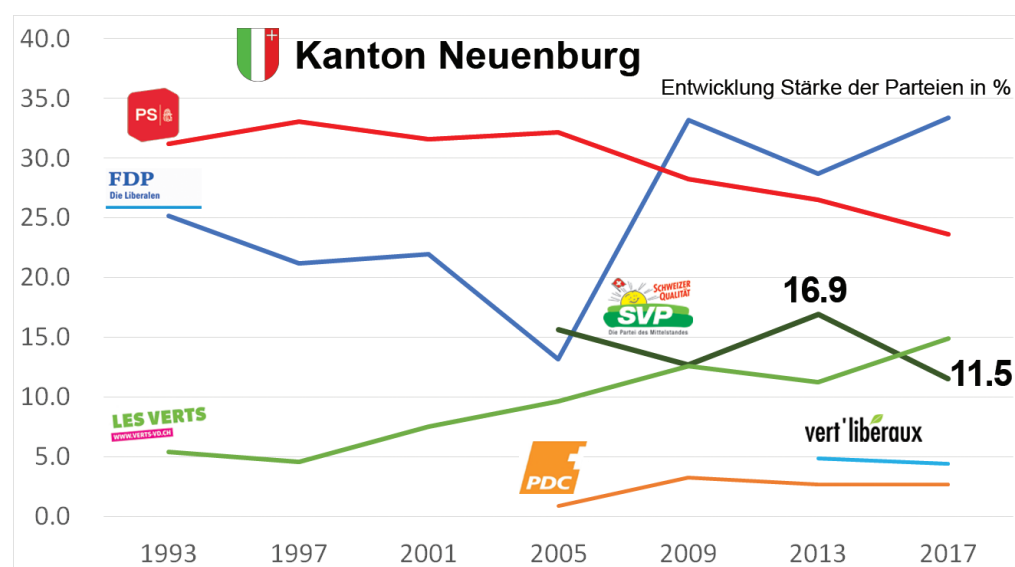
➤ In den Kantonen Solothurn, Neu-  
enburg, Wallis und Waadt standen  
persönliche Interessen über den In-

der Bürgerinnen und Bürger. Man  
verunglimpft und bekämpft sich ge-  
genseitig, anstatt gemeinsam für die  
Stimmbürger und das Land einzu-  
stehen.

Die Erfolge der letzten Jahre haben  
uns bequem gemacht. Eine Selbstüber-  
schätzung der Kantone verleitet zu der  
Ansicht, dass der Erfolg an den Urnen  
sich von selbst einstelle. Das ist ein  
grosser Irrtum. Nur unablässiger und  
selbstloser politischer Kampf, nur harte  
strategische und operative Arbeit führen  
zum Erfolg. Sei dies nun im kantonalen  
Wahlkampf oder im laufenden Abstim-  
mungskampf zum Energiegesetz. Am  
21. Mai stimmen wir über das für unser  
Land enorm wichtige Energiegesetz ab.

➤ Nähe zum Bürger und unermüd-  
liche Basisarbeit. Wer die Sorgen  
im Alltag nicht mehr kennt, wer  
nicht das Gespräch sucht und  
sich nicht um Lösungen bemüht,  
wer nicht mehr auf die Strasse  
geht, bei den Leuten Überzeu-  
gungsarbeit leistet, Plakate auf-  
hängt, sich in Wahl- und Abstim-  
mungskämpfen engagiert, der ist  
überflüssig. Unsere direkte De-  
mokratie lebt vom persönlichen,  
selbstlosen Engagement von uns  
allen, das ist die Basis unseres er-  
folgreichen Landes.

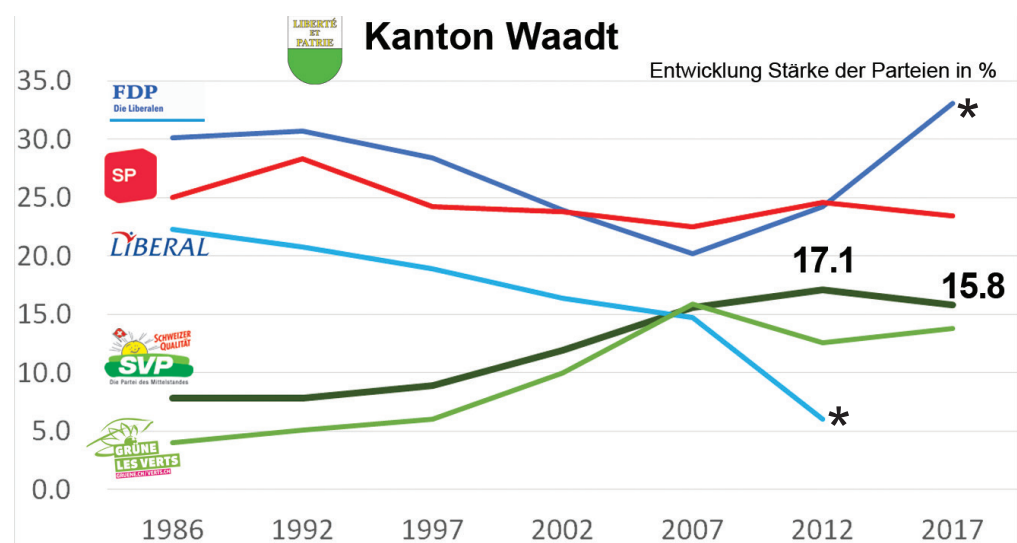
teressen der Partei und, was noch  
tragischer ist, über den Interessen



Die Kantonalparteien sind aufgeru-  
fen, die vergangenen Wahlen unge-  
schminkt zu analysieren und saubere,  
messbare Massnahmen zur Zielerrei-  
chung zu erarbeiten und dann durch-  
zusetzen.

Ich bin persönlich fest davon über-  
zeugt, dass unsere Partei ihr Potenti-  
al noch lange nicht ausgeschöpft hat  
– und zwar in allen Landesteilen. Pa-  
cken wir es an!

von Nationalrat  
Albert Rösti,  
Präsident der  
SVP Schweiz



\* FDP und LIBERALE haben 2017 fusioniert, Hauptfaktor für starke Zunahme 2017





TOYOTA

ALWAYS A  
BETTER WAY

# TOYOTA RAV4

## 4x4 UND HYBRID

### DIE IDEALE KOMBINATION FÜR DIE SCHWEIZ.



LEASING  
JETZT AB  
**0,9%**



**TOYOTA SETZT NEUE MASSSTÄBE UND VEREINT 60 JAHRE 4x4-KOMPETENZ MIT DER FORTSCHRITTLICHSTEN HYBRID TECHNOLOGIE.**

**DER RAV4 AB CHF 27'150.-\***

**TOYOTA.CH**

\*Empf. Netto-Verkaufspreis nach Abzug der Cash-Prämie, inkl. MwSt. **RAV4** Luna, 4x4, 2.0 M/T, 112 kW (152 PS), CHF 29'900.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 2'750.- = CHF 27'150.-, Ø Verbrauch 6,7 l/100 km, CO<sub>2</sub> 155 g/km, CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung: 34 g/km, En.-Eff. F. Abgeb. Fahrzeug: **RAV4 Hybrid** Style, FWD, 2,5 VVT-i, 145 kW (197 PS), CHF 43'400.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 2'750.- = CHF 40'650.-, Ø Verbrauch 5,0 l/100 km, CO<sub>2</sub> 116 g/km, CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung: 25 g/km, En.-Eff. B. Ø CO<sub>2</sub>-Emission aller in der Schweiz immat. Fahrzeugmodelle: 134 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mind. CHF 1'000.-), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung vom 1. Mai 2017 bis 30. Juni 2017 oder bis auf Widerruf. Abbildung zeigt aufpreispflichtige Optionen.



# EU-Entwaffnungswahn

**Brüssel startet eine neue bürokratische Offensive gegen die bewährte Milizarmee sowie den Schiesssport der Schweiz. Unter dem Deckmantel „Terrorismusbekämpfung“ sollen Armeeangehörige sowie unbescholtene Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht gestellt werden! So nicht, meine lieben Brüsseler!**

Im Nachgang zu den Anschlägen von Paris sah es die Europäische Union (EU) als notwendig an, Massnahmen zu ergreifen. Statt allerdings die Mängel im Sicherheitssystem zu beheben, namentlich bei den Grenzkontrollen, schlug das EU-Parlament am 14. März eine Verschärfung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen vor. Der EU-Ministerrat hat diese Verschärfung nun am 25. April bestätigt. Würde die Schweiz diese auf Grund des Abkommens von Schengen sowie des Schengener Durchführungsübereinkommens übernehmen, käme es zur faktischen Abschaffung des Schiesssports, der Jagd und des Sammlerwesens.

## Einschneidende Massnahmen

Auf die Schweiz würden namentlich folgende Massnahmen zukommen:

- Einsetzung einer Behörde, welche regelmässig kontrollieren muss, ob deaktivierte Waffen auch tatsächlich dauerhaft unbrauchbar sind;
- Registrierung aller wesentlichen Bestandteile von Waffen sowie aller deaktivierten Waffen; die Einführung eines nationalen Waffenregisters hat der Souverän bisher abgelehnt und setzt vielmehr auf die Verknüpfung der kantonalen Register;
- Informationsaustausch innerhalb der EU bzw. den Schengen-Staaten, damit Personen, die in einem Land keine Waffe erwerben dürfen, nicht auf ein anderes Land ausweichen können;
- Einschaltung einer Behörde bei Online-Käufen;
- Verbot von Sturmgewehren mit Magazinen von mehr als 10 Schuss; derzeit sind Magazine mit bis zu 20 Schuss oder mehr in der Schweiz in Gebrauch;
- Bedürfnisnachweis für Waffenbesitzer, um eine Waffe behalten bzw. erwerben zu dürfen;
- regelmässige medizinisch-psychologische Tests für Waffenbesitzer (anfangs theoretisch freiwillig);
- Verpflichtung für Waffenhalter, Mitglied in einem Schützenverein



Werner Salzmann ist Präsident des Berner Schiesssportverbands (BSSV) und aktives Mitglied seit 35 Jahren. Mit einem umfassenden bürokratischen Kontrollsystem will die EU dem Schiesssport, der Jagd und dem Sammlerwesen den Garaus machen.

zu werden und eine Teilnahmepflicht zu erfüllen;

- entschädigungslose Enteignung bei Nichterfüllen der Bedingungen!

Der Bundesrat ist nun gefordert, die „Entwaffnungs-Richtlinie“ nicht zu übernehmen. Ansonsten bleibt nur der Weg über das Referendum.

von Nationalrat  
Werner Salzmann,  
Mülchi (BE)



# Günstiger und besser ohne EU

Die Europäische Union hat die Schweiz 2014 aus dem Studentenaustauschprogramm Erasmus+ ausgeschlossen. Seither organisiert der Bundesrat die Austausche selber. Mit Erfolg: Die Mobilität ist gestiegen und kostet nur noch einen Drittel.

von Nationalrat Peter Keller, Hergiswil (NW)

Wie die EU mit demokratischen Entscheiden umgeht, zeigte sich nach dem Ja des Schweizer Stimmvolks zur Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014: Als Straffaktion schloss Brüssel die Schweiz aus verschiedenen Forschungs- und Bildungsprogrammen aus. Dazu gehörte auch das Mobilitätsprogramm Erasmus+ für den vereinfachten Austausch von Studenten in Europa.

### Die EU kriegt den Hals nicht voll

Die Wahrheit dahinter lautete etwas anders. Tatsächlich gab es bereits vor der Volksabstimmung vom Februar 2014 Verhandlungen zwischen der EU und dem Bundesrat. Und wie so oft, ging es ums Geld, um sehr viel



**Austauschprogramm Erasmus+: Die EU verlangte plötzlich mehr für die Mitgliedschaft der Schweiz an diesem Programm. Konkret wollte sie fast eine Verdoppelung der Beiträge, nämlich 250 Millionen Franken mehr. Das Programm wurde daraufhin sistiert, was durchaus heilsam war.**

**«Es gibt keinen vernünftigen Grund für die Schweiz, wieder eine Mitgliedschaft in diesem Mobilitätsprogramm anzustreben. Zumal Grossbritannien bis dann nicht mehr Mitglied der EU ist.»**

Geld. Denn die EU verlangte plötzlich weit mehr für die Mitgliedschaft bei Erasmus+ als ursprünglich vereinbart. Konkret forderte sie nahezu eine

Verdoppelung der Beiträge, nämlich rund 250 Millionen Franken mehr.

Das Programm wurde daraufhin sistiert, was durchaus heilsam war. Denn bei der ganzen Diskussion kam heraus, dass es bei Erasmus schon lange nicht mehr um die studentische Mobilität ging. Nur ein Drittel der finanziellen Mittel diente dem Austausch. Dafür flossen hohe Beträge in Hunderte Projekte, die sich fast schon kabarettistisch anhörten. Da wurden Gelder gesprochen für ein «Pinocchio-Forum» und für Yogakurse. Für die Schweizerische Post wurden 20 000 Franken

Reisespesen genehmigt, damit sie in Paris, London und in Griechenland Gesundheitskongresse zu Stresssymptomen durchführen konnte.

### Unnötige Panikmache

Nach der Sistierung von Erasmus+ 2014 gab es ein grosses Geschrei. Medien, Politiker und Studentenorganisationen warnten, dass die Schweizer Studenten nun keine Chance mehr hätten auf wertvolle Austausch Erfahrungen an europäischen Universitäten. Von diesem Geschrei ist nichts übriggeblieben. Der Bundesrat organisierte die Mobilität selber, schweizerische und ausländische Uni-





**2022 wird die EU den Nachfolger von Erasmus+ präsentieren. Deshalb macht sie bei der Schweiz bereits wieder die hohle Hand und fordert bis zu 700 Millionen Franken – mehr als je zuvor. Dabei kann man davon ausgehen, dass das neue Programm nicht effizienter ist als das bisherige. Es gibt also keinen vernünftigen Grund für die Schweiz, wieder eine Mitgliedschaft in diesem Mobilitätsprogramm anzustreben.**

versitäten schlossen untereinander Vereinbarungen. Mittlerweile liegen die Zahlen vor: Die Mobilität blieb nicht nur stabil, sie konnte sogar gesteigert werden – und zwar für einen Drittel der Gelder, die die EU für eine Mitgliedschaft bei Erasmus+ wollte. Mit anderen Worten: Der Austausch funktioniert besser und viel günstiger ohne die EU.

## Wie weiter?

2022 wird die EU den Nachfolger von Erasmus+ präsentieren. Deshalb macht sie bei der Schweiz bereits wieder die hohle Hand und fordert bis zu 700 Millionen Franken – mehr als je zuvor. Dabei kann man davon ausgehen, dass das neue Programm nicht effizienter ist als das bisherige. Es gibt also keinen vernünftigen Grund für die Schweiz, wieder eine Mitgliedschaft in diesem Mobili-

tätsprogramm anzustreben. Zumal Grossbritannien bis dann nicht mehr Mitglied der EU ist.

## Verstärkte Ausrichtung auf Grossbritannien im Bildungsbereich

Der Bundesrat sollte den Brexit endlich als Chance begreifen. Wir haben mit den freiheitlichen Briten politisch mehr gemeinsam als mit dem zentralistischen EU-Apparat. Neben dem Finanzplatz bietet sich vor allem eine Zusammenarbeit bei der Bildung und Forschung mit Grossbritannien an. Die Briten haben neben der Schweiz die mit Abstand besten Universitäten Europas. Im weltweiten Vergleich finden sich neun britische Einrichtungen in den Top 30 und zwei aus der Schweiz (die beiden ETHs in Zürich und in Lausanne), aber keine einzige Universität aus der restlichen EU.

Die Schweiz tut also gut daran, sich bei Bildung und Forschung nicht an die EU zu ketten, sondern mit den

---

**«Die Mobilität blieb nicht nur stabil, sie konnte sogar gesteigert werden – und zwar für einen Drittel der Gelder, die die EU für eine Mitgliedschaft bei Erasmus+ wollte. Mit anderen Worten: Der Austausch funktioniert besser und viel günstiger ohne die EU.»**

---

besten Partnern weltweit zusammenzuarbeiten: mit Grossbritannien, den USA und mit Asien.

# Jetzt abstimmen!

Das neue Energiegesetz gefährdet unsere bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung!

**Es führt zu...**

**...mehr Import von Kohlestrom aus dem Ausland**

**...höheren Preisen für Strom, Benzin, Diesel und Heizöl**

**...1'000 riesigen Windrädern, die unsere Landschaft verschandeln**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 21. Mai 2017

Wollen Sie das Energiegesetz (EnG)  
vom 30. September 2016 annehmen?

Antwort

**NEIN**

Überparteiliches Komitee gegen das Energiegesetz, Postfach, 3001 Bern  
Danke für Ihre Spende für dieses Inserat: PC 31-604614-3

[www.energiegesetz-nein.ch](http://www.energiegesetz-nein.ch)

## Jede Stimme zählt!

*"Motivieren Sie Ihre Kinder, Eltern, Nachbarn und Freunde, jetzt für die Freiheit und eine bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung an die Urne zu gehen. Stimmen Sie Nein zum neuen Energiegesetz"*

**Nationalrat Toni Brunner**  
Kampagnenleiter gegen das Energiegesetz

